

Entwicklungsmöglichkeiten der kommunalen Prävention in Deutschland

Aufbau einer Unterstützungsstruktur auf Bundes- und Länderebene

Wolfgang Kahl & Marcus Kober

Kriminalprävention und angrenzende Bereiche etwa der sozialen und pädagogischen Arbeit finden vor Ort in den Gemeinden und Städten statt, in ihren Einrichtungen, im öffentlichen Raum und bei den Familien, alles in sehr unterschiedlichen Formaten und Konstellationen. Konstitutive Voraussetzung für die präventive Wirksamkeit aller Angebote ist eine gute Kooperation der beteiligten Akteure. Insbesondere komplementäre und synergetische Effekte können durch professionelle Zusammenarbeit erreicht werden.

Der Beitrag erläutert, wie das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) in einem auf vier Jahre angelegten und vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) geförderten Projekt eine bundesweite Unterstützungsstruktur für die „Kommunale (Kriminal-)Prävention (KKP)“ aufbauen möchte. Es sollen Informations-, Qualifikations- und Serviceangebote entwickelt werden, die kommunale Akteure bei der Professionalisierung ihrer Projekt- und Zusammenarbeit stärken.

Konzeptionelle Grundlagen und empirische Erkenntnisse

Der Ausgangspunkt ist die Kommune als natürlicher, bebauter, kultureller und sozialer Lebensort mit vielfältigen Konflikt- und Problemlagen, Kriminalitätsformen, Unsicherheitswahrnehmungen und daraus resultierenden Handlungserfordernissen wie z. B. Sicherheit im öffentlichen Raum, Konfliktmanagement, Verbesserung des Sicherheitsgefühls, Einbruchschutz, Prävention von Jugendgewalt, Vorbeugung verschiedener Formen

der Radikalisierung, Sucht- und Drogenprävention, Sicherheit für Senioren, Prävention und Intervention bei häuslicher Gewalt, Vorbeugung von Clankriminalität oder städtebauliche Kriminalprävention.

In den 1990er-Jahren wurden neue Konzepte einer bürgernahen Polizeiarbeit (Community Policing) in den USA vorbildlich und in Skandinavien entwickelten sich Kooperationsansätze zwischen kommunalen Behörden, Polizei, örtlicher Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Dadurch inspiriert gründeten sich zunächst in Schleswig-Holstein und dann in fast

allen Bundesländern kommunale Präventionsräte, die jeweils unterschiedlich firmierten und in ihrer Struktur und Aufgabenwahrnehmung variierten.

Seither gibt es zwar kein offizielles bundesweit gültiges Konzept mit einheitlicher Struktur- und Aufgabenbeschreibung. Allerdings zeigt sich ein gewisser Konsens über wesentliche Strukturmerkmale und Aufgabenfelder, wie umfangreiche Literatur und eine beachtliche Praxis belegen.

Bereits früh setzte die Reflexion über die beiden Fragen ein, ob konzeptionell das Richtige getan wird und ob die richtigen Konzepte auch effektiv funktionieren. Zur Erörterung dieser Fragen sowie zur Unterstützung der kommunalen Praxis gab das DFK erstmals im Jahr 2006 die Broschüre „Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement“ heraus, deren Drittauflage in Vorbereitung ist.

Die qualitative Forschung zur kommunalen Prävention liefert zudem wichtige Erkenntnisse zu den Gelingensbedingungen sowie Erschwernis-



sen der Gremienarbeit und beschreibt sie als sehr voraussetzungsvolles Engagement, das insbesondere vom politischen Willen der Entscheidungsträger, von der fachlichen Reife der Kooperationspartner sowie von Umfang und Qualität der Service- und Beratungsstrukturen abhängt. Ein besonderes Augenmerk sollte demzufolge auf die adressatengerechte Gestaltung von Informationen gerichtet werden.

Bereits seit Stiftungsgründung unterstützt das DFK deshalb den kooperativen Ansatz etwa durch Initiierung und Begleitung eines Städtenetzwerkes, wo Präventionsverantwortliche von rund 20 deutschen Städten sehr rege ihr Wissen über aktuelle Entwicklungen, innovative Projekte und vielfältige Praxiserfahrungen austauschen.

Um aktuelle empirische Aussagen über die kommunale Präventionsarbeit zu erhalten, beauftragte das DFK im Jahre 2017 die Freiburger Jun. Prof. Dr. Verena Schreiber mit einer bundesweiten Bestandsaufnahme kommunaler kriminalpräventiver Räte in Deutschland, die an eine Untersuchung der Forscherin aus dem Jahre 2007 anknüpfte. Mit Blick auf die Anzahl zeigt sich eine Rückläufigkeit um rund 40 % von fast 1000 aktiven Gremien im Jahr 2007 auf nahezu 600 im Jahr 2018.

Vom Rückgang sind insbesondere die ländlichen Bereiche der Flächenländer im gesamten Bundesgebiet betroffen. Zugleich sind aber auch Konsolidierung, Professionalisierung und Gremienausbau in urbanen Räumen zu konstatieren. Die gegenläufigen Trends sind unterschiedlich ausgeprägt und betreffen einige Bundesländer besonders. Die Untersuchung liefert zudem wertvolle Erkenntnisse zu Organisationsstrukturen, Ressourcen, Ausstattung, Aufgabenfeldern, inhaltlichen Schwerpunkten, externen Unterstützungsangeboten, Erfolgen, Problemfeldern und Schwierigkeiten.

Im Zuge einer Ergebnisanalyse und -diskussion warfen Landespräventionsgremien und DFK die Frage auf, wie zentrale Akteure die kommunale Ebene noch besser in ihrer strukturierten Präventionsarbeit unterstützen können.



Tagung kommunale Prävention 2019 – Impulse & Vernetzung

Im Herbst 2019 trafen sich deshalb DFK, NZK, Landespräventionsgremien, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Präventionstag, Deutsches Forum für urbane Sicher-



heit und ausgewählte kommunale Gremien sowie wissenschaftliche Experten im Rahmen einer Tagung zu einem intensiven Gedankenaustausch in Bonn.

Die Teilnehmenden reflektierten Erfolge und Schwierigkeiten der kommunalen Kriminalprävention und erörterten Ansatzpunkte, wie Gremien – unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen gut etablierten Strukturen in größeren Städten und eher lose verbundenen Akteuren im ländlichen Bereich – aktiviert und stabilisiert werden können. Vorgeschlagen wurde, gemeinsam neue Materialien und ggf. Fortbildungsformate zu erarbeiten. Zudem wurde mit Nachdruck angeregt, die Vernetzungsstruktur im Handlungsfeld der kommunalen Kriminalprävention systematisch zu verbessern sowie in kooperativer Art und Weise das komplementär zu den Angeboten der Landespräventionsgremien bestehende Transfer- und Serviceportfolio beim DFK zu erweitern. Neben den zu erwartenden Synergieeffekten mit den Angeboten der Landespräventionsgremien kann an zentraler Stelle bereitgestelltes, zielgruppengerecht aufbereitetes Wissen zum bundesweiten Kompetenzzuwachs und einer Professionalisierung der kommunalen Präventionsakteure beitragen. Zielsetzung ist, kommunale Präventionsstrukturen insgesamt zu stärken und Präventionsakteuren in den unterschiedlichen Themenfeldern und Arbeitskontexten (Projektarbeit, Netzwerke, Gremien, Quartiersmanagement etc.) zielge-

richtete Handlungsfähigkeit zu ermöglichen.

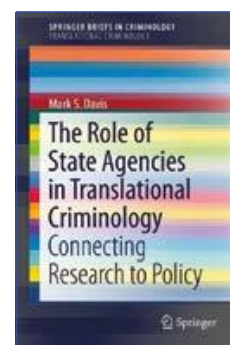
Komplementäre Unterstützung und Weiterentwicklung der kommunalen Prävention: Zielsetzungen und Funktionen des Projektes

Das Projekt fußt in theoretischer Hinsicht auch auf dem vom National Institute of Justice (NIJ) in den USA etablierten Konzept der „translationalen Kriminologie“, deren Ziel es ist, Barrieren zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung abzubauen, indem eine dynamische Schnittstelle zwischen Forschung und Praxis geschaffen wird. Dabei gilt es, einen reziproken Kommunikationsprozess zu etablieren.

In einer Richtung beschreiben die Praktiker vor Ort die Herausforderungen, denen sie sich täglich bei ihrer Arbeit stellen müssen. In der anderen Richtung entwickeln Wissenschaftler neue Werkzeuge und Lösungsansätze, um diese Herausforderungen zu bewältigen und ihre Auswirkungen zu bewerten. Die translationale Kriminologie geht jedoch über die konventionelle Idee von „Forschung zu Praxis“ hinaus. Dies geschieht durch eine systematische Untersuchung des Prozesses der Wissensverbreitung, wobei anerkannt wird, dass ein erfolgreicher Transfer von Forschungsergebnissen mehrere Strategien erfordern kann.

Zentrale Handlungsbereiche sind dabei:

- **Analyse & Synthese:** DFK beobachtet kriminalpräventive Praxis sowie kriminologische Wissenschaft, wertet systematisch Arbeitsfelder und -weisen aus und führt Ergebnisse zusammen. Im Bedarfsfall werden neue kriminalpräventive Methoden und Instrumente konzipiert, getestet und implementiert.
- **Transfer & Qualifikation:** DFK bündelt und multipliziert Präventionswissen für die KKP und bildet Präventionsakteure der KKP fort.
- **Kooperation & Vernetzung:** DFK vernetzt, berät und unterstützt Akteure der kommunalen Prävention im föderalen System.



Diese theoretischen und konzeptionellen Grundannahmen schlagen sich in der Projektgestaltung dergestalt nieder, dass über die gesamte Projektlaufzeit die drei Handlungsfelder „Analyse & Synthese“, „Transfer & Qualifikation“ sowie „Kooperation & Vernetzung“ parallel bearbeitet werden und vorgesehene Forschungsergebnisse direkt in die Weiterentwicklung der Transferprodukte einfließen.

Die Bearbeitung konkreter Handlungsfelder kommunaler Kriminalprävention wird sich besonders an der Nachfrage aus der Praxis orientieren, weshalb zur Bedarfsermittlung verschiedene empirische Zugangswege wie Forschungssynthesen und interviewgestützte Bestandsaufnahmen in den Zielgruppen vorgesehen sind.

Zum Transfer der gewonnenen Erkenntnisse und zur Vernetzung der Akteure werden unterschiedliche Formate angeboten. Im Vordergrund steht der digitale Wissenstransfer mit modular strukturierten traditionellen Formaten wie Berichten, Leitfäden, Übersichten, Schaubildern und Checklisten im Rahmen des DFK-Webangebotes, ergänzt um z. B. Erklärvideos, Audio-Statements und interaktive Werkzeuge. Eine enge Kooperation mit anderen zentralen Angeboten wie etwa dem beim LKA Niedersachsen initiierten kommunalen „Sicherheitspool“ (<https://www.div-city.de/sicherheitspool/>), einer Datenbank mit Informationen und Ergebnissen zum Thema Sicherheit im Städtebau, ist vorgesehen.

Weitere Formate sind Transferkonferenzen, Fachkräftefortbildungen, in Einzelfällen konkrete Gremienberatung etwa in Gründungs- oder Krisenphasen sowie die Vernetzung von Akteuren in vielfachen Begegnungskontexten.

Arbeitspakete des Projektes im Überblick

Die Aufgaben und Zielsetzungen des Projektes sollen über einen Zeitraum von vier Jahren (2021 bis 2024) in insgesamt elf Arbeitspaketen bearbeitet werden, die den Handlungsfeldern „Analyse & Synthese“, „Transfer & Qualifikation“ sowie „Kooperation & Vernetzung“ zugeordnet sind.

AP 1 Forschungssynthese zu empirischen Erkenntnissen über Strukturen und Arbeitsweisen kommunaler Präventionsgremien

Zum Forschungsstand empirischer Studien zur kommunalen Kriminalprävention wird eine Synthese erarbeitet, in der Erkenntnisse zu zentralen Aspekten der Gremienarbeit, wie etwa Problemanalyse, Agenda Setting, Vernetzungsvarianten, Managementmethoden, Gelingensbedingungen und Problemen systematisch zusammengefasst werden.



Begründung:

Seit den 1990er-Jahren gibt es zahlreiche empirische zumeist qualitativ orientierte Studien zur kommunalen Kriminalprävention. Untersucht wurden Gremien und ihre Arbeit in ausgewählten kommunalen Clustern mit unterschiedlichen Fragestellungen und Schwerpunkten. Im Ergebnis ließen sich zumeist Gelingensbedingungen, Optimierungsmöglichkeiten und zusammenfassende Handlungsempfehlungen destillieren. Die bisherigen Forschungen nehmen zwar teilweise aufeinander Bezug. Es fehlt allerdings eine hermeneutische Zusammenführung der zentralen Befunde und Handlungsempfehlungen für die kommunale Präventions- und Sicherheitsarbeit. Bestandsaufnahmen der Präventionspraxis (Schreiber 2019, ISIM 2017) kommen wiederholt zu dem Ergebnis, dass relevante Forschungsergebnisse bei den kommunalen Akteuren nicht bekannt sind und infolge dessen auch nicht für die Professionalisierung und Fortentwicklung der Präventionsarbeit nutzbar gemacht werden können. Mit der Synthese wird sichergestellt, dass relevante Erkenntnisse nicht übersehen und aktuelle Spezifika zu projektbezogenen Fragestellungen vergleichend bewertet werden. Sie ist eine Grundlage für das nächste Arbeitspaket.

AP 2 Modulare Publikation zur Kommunalen Kriminalprävention: Entwicklung einer Konzeption und Erarbeitung des ersten Moduls

Auf Grundlage des DFK-Leitfadens zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien wird ein Baukastenformat für den modularen Transfer von Impulsen für das kommunale Präventionsmanagement entwickelt sowie ein erster Baustein „Empfehlungen und Hinweise zur Gründung eines kommunalen Präventionsrates“ erarbeitet.



Begründung:

Der DFK-Leitfaden bewährt sich seit langer Zeit als Ratgeber und Informationsquelle für kommunale Akteure und erfreut sich anhaltender Nachfrage. Von Mitarbeitenden der Landespräventionsgremien, die mit der Beratung kommunaler Präventionsgremien insbesondere in der Gründungsphase betraut sind, ist ergänzend der Wunsch nach einer modular aufgebauten, besonders praxis- und zielgruppenorientierten Publikation artikuliert worden. Einzelne Themenbereiche (z. B. „gute Gründe“ für Kommunale Kriminalprävention, Vorüberlegungen zur Gremiengründung, Problembestimmung, Voraussetzungen gelingender Kooperation, Instrumente einer Sicherheitsbefragung, Elemente einer kriminologischen Regionalanalyse, Ansätze der Bürgerbeteiligung oder Verknüpfungen zu anderen sozialen Handlungsfeldern u. v. a. m.) sollen daher in stark komprimierter, besonders auf die Zielgruppe kommunaler Akteure zugeschnittener Form aufbereitet werden. Sie werden den Bedarfsträgern in den Kommunen anlassbezogen und bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt.

Durch einen engen Austausch mit den Landesgremien und weiteren zentralen Akteuren wird die Praxis- und Zielgruppenrelevanz der Publikation sichergestellt, die in digitaler Form bereitgestellt wird. Zunächst wird ein Publikationskonzept vorbereitet, abgestimmt und ein erster Themenblock zur Konstitution von Präventionsgremien („Gründungs-fibel“) erstellt. Die Präsentation als Trans-

fer-Baukasten erfolgt im Rahmen der DFK-Website und wird vom Webprovider nach Vorgaben der Projektleitung strukturiert und optisch gestaltet (Layout). Im weiteren Projektverlauf werden inhaltliche Ergebnisse der Arbeitspakete (etwa zur kriminologischen Problemanalyse AP 5) für die modulare Publikation aufbereitet, wodurch diese sukzessive anwächst.

AP 3 Bestandsaufnahme der Service- und Beratungsangebote der Landespräventionsgremien und anderer zentraler Akteure zur Unterstützung der Kommunalen Kriminalprävention

Strategien, Konzeptionen und gegenwärtige Angebote von Landespräventionsgremien und anderen Akteuren (wie etwa den kommunalen Spitzenverbänden, dem Deutschen Präventionstag, dem Deutschen Institut für Urbanistik, dem Deutsch-Europäischen Forum für urbane Sicherheit) zur Unterstützung der kommunalen Prävention werden in Form von schriftlichen Befragungen, Dokumentenauswertungen und (aufsuchenden) Interviews systematisch erhoben und aufbereitet. Dadurch werden Angebotslücken identifiziert bzw. Bedarfe geklärt, die folgend kooperativ und aufeinander abgestimmt aufgegriffen werden. Erwartungen an eine komplementäre Unterstützung durch das DFK sowie eine Kooperationsstruktur der relevanten Präventionsakteure werden erfasst.



Begründung:

Der erste Landespräventionsrat gründete sich 1990 in Schleswig-Holstein. Seither haben nahezu alle Bundesländer ein solches Gremium. Für alle gehört zu den wichtigsten Aufgaben, die kommunale Ebene zu unterstützen. Förderlich für die Stärkung kommunaler Präventionsstrukturen sind etwa folgende Leistungen und Angebote auf Landesebene (Müller 2007, 77 f.):

- Aktives Informationsmanagement
- Ständiges Veranstaltungsmanagement
- Beratungs- und Servicestelle
- Fort- und Weiterbildungsangebote
- Themenspezifische Fach- und Koordinierungsstellen
- Referentenpool
- Förderprogramm

Dabei fallen Rahmenbedingungen, Strukturen und Aktivitäten in den Bundesländern sehr unterschiedlich aus. Personelle und finanzielle Ressourcen variieren, was zu großen Unterschieden bei Umfang und Qualität der Unterstützungsangebote führt und wiederum die Arbeit der kommunalen Ebene beeinflusst. Ziel des Arbeitspaketes ist es, einen umfassenden und detaillierten Überblick zu bekommen, aus dem sich ableiten lässt, welche Schwerpunkte auf Länder- und Bundesebene bei den Vernetzungs-, Transfer-, Qualifikations- und Innovationsaufgaben gesetzt werden. Zudem erlaubt dies Rückschlüsse auf bestehende Angebotslücken und eine daraus abgeleitete Bedarfsanalyse. Gemeinsam mit den Partnern werden die Interessenlagen priorisiert und es wird erörtert, welche Akteure spezielle Beiträge zum Schließen dieser Angebotslücken beitragen können.

Die Bestandsaufnahme bietet einen bisher nicht existenten Überblick über bundesweite und landesspezifische Unterstützungsangebote für die Kommunale Kriminalprävention und erlaubt eine empirisch begründete und gemeinsam bewertete Identifikation vordringlicher Angebotslücken.

AP 4 Kooperative Erarbeitung der Konzeption für die Gestaltung der Unterstützungsangebote kommunaler Präventionsakteure durch zentrale Stellen auf Länder- sowie Bundesebene

Anschließend an AP 3 werden die Erkenntnisse zu zentralen Unterstützungsbedarfen sowie Angebotslücken aufgegriffen und in eine Rahmenkonzeption zur zukünftigen gemeinsamen Beratung und Förderung der kommunalen Ebene eingebracht. Die Aushandlung mit den Kooperationspartnern mündet idealerweise in ein Memorandum of Understanding (MoU) ein, das im Rahmen einer Commitment-Konferenz diskutiert und weiter konkretisiert wird.



Begründung:

Um das zukünftige Angebot des DFK zur Unterstützung der kommunalen Ebene in einem Kooperationsansatz vororten zu können, bedarf es einer Verständigung der Partner über die Unterstützungsstrategie und die zugehörigen Aufgabenteilungen. Einerseits streben die Partner/-innen aufeinander abgestimmte Angebotspakete an und andererseits behalten die Akteure ihre Autonomie für Spielräume bei den landesspezifischen Ausprägungen. Ein MoU beschreibt die Verständigungslinie, um Klarheit und Transparenz zu bewirken. Die finale Erörterung findet im Rahmen einer Konferenz statt. Das MoU wird sodann der Fachöffentlichkeit präsentiert. Ziel ist es auch, die Kommunen zu Konsolidierung und Erweiterung ihrer Arbeit zu motivieren, indem die zentralen Stellen auf ihre Unterstützungsbereitschaft öffentlichkeitswirksam hinweisen.

AP 5a Forschungssynthese zu Inhalten, Methoden und Instrumenten kommunaler Problemanalysen

Im Gegensatz zu späteren Arbeitspaketen wird in diesem AP das Thema nicht durch die im Projektverlauf ermittelten Bedarfe der Zielgruppen bestimmt. Stattdessen wird ein Handlungsfeld bearbeitet, das für die Professionalisierung der Präventionspraxis bereits vorab als besonders bedeutsam angesehen wird.

Als ein wesentliches Defizit kommunaler Präventionsarbeit identifizieren Forschungsarbeiten regelmäßig das Fehlen systematischer Problemanalysen als Ausgangspunkt kommunaler Präventionsarbeit. Es werden daher vorhandene Instrumente und Methoden zur Erhebung kommunaler Probleme ermittelt, synoptisch miteinander verglichen und hinsichtlich verschiedener möglicher Verwendungszwecke beurteilt. Potenziellen Anwendern wird damit ein Überblick vorhandener Instrumente sowie Empfehlungen zu deren Anwendung in verschiedenen Kontexten an die Hand gegeben.



Begründung:

Untersuchungen der Präventionspraxis (z. B. Schreiber 2019, Frevel/Kober 2012) kommen regelmäßig zu dem Befund, dass dem Agenda Setting, den Problembeschreibungen sowie den jeweiligen kommunalen Lösungsansätzen nur selten systematische und methodisch durchgeführte Analysen zur Ermittlung von Problemen in den Kommunen zugrunde liegen. Stattdessen formulieren Institutionenvertreter aus ihrer jeweiligen Perspektive Probleme und Handlungsbedarfe. Selten werden die individuell festgestellten oder aus der Institution gemeldeten Probleme jedoch objektiviert. Sowohl die empirische Erfassung, z. B. von Delikthäufigkeiten, qualitativen Veränderungen im Lagebild, als auch die theoretische Aufbereitung u. a. von Problemursachen und -wirkungen werden eher rudimentär gehandhabt. Oft suchen Lösungen nach Problemen und nicht umgekehrt (vgl. Berner und Groenemeyer 2000, S. 108; Wurtzbacher 2008, S. 257). Ziel sollte es stattdessen sein, zur Ermittlung des konkreten Handlungsbedarfs in der Gemeinde eine möglichst umfängliche Bestandsaufnahme durchzuführen, auf Grundlage derer eine zielgerichtete und ursachenorientierte kommunale Präventionsstrategie entwickelt werden kann.

Zu diesem Zweck sind verschiedene Instrumente entwickelt worden, von Kurzinventaren für die Durchführung von Bevölkerungsbefragungen bis hin zu umfassenden und komplexeren „Kriminologischen Regionalanalysen“, in denen eine Vielzahl kommunal verfügbarer Informationsquellen genutzt, analysiert und in Beziehung gesetzt werden. Doch sind diese Instrumente häufig nicht bekannt oder erscheinen in der Anwendung zu komplex. Es werden daher existente Methoden und Instrumente der Problemanalyse ermittelt, vergleichend vorgestellt und bewertet. Kriterien sind dabei u. a. die theoretische und methodische Fundierung, der mit der Durchführung verbundene Aufwand sowie die Aussagekraft oder Limitierung von Ergebnissen. U. a. werden die Erhebungsinstrumente des Ansatzes Communities that care (CTC), der DEFUS-Monitor zur subjektiven Sicherheit in öffentlichen Räumen, ein Kurzinventar des Landeskriminalamts Baden-Württemberg sowie verschiedene Instrumente kriminologischer Regionalanalysen (Lübeck, Osnabrück, Hamburg, Bochum etc.) in die vergleichende Analyse einbezogen.

Die kommunalen Akteure erhalten im Ergebnis Entscheidungshilfen für die Frage, zu welchem Zweck welche Erhebungsinstrumente und -methoden besonders erfolgversprechend eingesetzt werden können. Vorlagen zur Anwendung einzelner Instrumente werden digital bereitgestellt.

AP 5b Transferkonferenz zu Inhalten, Methoden und Instrumenten kommunaler Problemanalysen



Ergebnisse der Forschungssynthese (AP 5a) werden im Rahmen einer Transferkonferenz den Vertretern der Zielgruppen (Landespräventionsgremien als Multiplikatoren und kommunalen Präventionspraktikern) vorgestellt und erörtert. Insbesondere werden die Zielgrup-

penrelevanz und Praktikabilität verschiedener Instrumente mit den Tagungsteilnehmern kritisch reflektiert.

Begründung:

Ein Grund für den vorherrschenden eklatanten Mangel an empirischen Problemanalysen in der kommunalen Präventionspraxis wird darin gesehen, dass Präventionsakteure über wenig methodische Fachkenntnisse verfügen und daher die Anwendung entsprechender Analyseinstrumente scheuen. Praktikabilitätsgesichtspunkten soll daher in der Aufbereitung vorhandener Instrumente besonderer Wert beigemessen und mit Vertretern der Zielgruppen reflektiert werden. Dabei wird eine Verknüpfung zur Vorgehensweise im Prozess von „Communities that Care (CTC)“ hergestellt und dessen Relevanz sowie Ausgestaltungsoptionen für andere Bereiche der KKP diskutiert.

AP 5c Publikation „Instrumente kommunaler Problemanalysen“

Um die Arbeitsergebnisse aus dem Arbeitspaket 5 für die Zielgruppen (Kommunen, Landespräventionsgremien, Wissenschaft) zugänglich zu machen, wird unter Berücksichtigung der Impulse aus der Transferkonferenz eine Publikation in digitaler Form erstellt.



Diese wird in den modularen Transfer-Baukasten (AP 2) aufgenommen und über die Öffentlichkeitsarbeit des DFK (Newsletter, forum kriminalprävention etc.) bekannt gemacht. Zudem werden einzelne Methoden und Instrumente in prägnanter Form in einem zusätzlichen Format dargestellt.

Begründung:

Für die Praxis ist eine zielgruppengerechte Aufbereitung eine wichtige Voraussetzung für Akzeptanz und Adaption der Empfehlungen und Anleitungen. Eine attraktive digitale Gestaltung hat daher einen hohen Stellenwert.

AP 6 Konzeption eines Fortbildungsangebotes für das kommunale Präventionsmanagement und Erprobung

Der Erkenntnis folgend, dass Wissenstransfer nicht allein durch schriftliche oder digitale Formate zur nachhaltigen Qualifikation führt, wird ein modularer Fortbildungslehrgang konzipiert, der Grundlagen, Methoden und Instrumente des kommunalen Präventionsmanagements vermittelt, aber auch aktuelle thematische



Schwerpunkte aufgreift. Der Lehrgang wird erprobt und konzeptionell angepasst.

Begründung:

Das Fortbildungsangebot zum kommunalen Präventionsmanagement in Deutschland sollte ausgebaut werden. Aktuelle Formate (Beccaria-Fortbildung, CTC-Multiplikatoren-Ausbildung, Europäisches Präventionscurriculum) gilt es für die kommunalen Bedürfnisse weiter zu ergänzen. Ziel des Arbeitspaketes ist es, einen Seminarplan sowie die zur Durchführung erforderlichen Medien zu erarbeiten, mittels derer entsprechende Fortbildungsangebote auch durch Dritte (etwa in den Bundesländern) durchgeführt werden können. Ein Praxistest ist Grundlage für eine Reflexion des Programms und ermöglicht weitere Modifizierungen bzw. Ergänzungen.

AP 7a Forschungssynthese zu einem Schwerpunktthema der Kommunalen Kriminalprävention

Wie zuvor im Arbeitspaket 5a wird ein Thema von besonderer Relevanz für die Präventionspraxis aufgegriffen. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich noch keine inhaltliche Festlegung vornehmen, welches Thema vertiefend bearbeitet werden soll.

Vielmehr richtet sich der Themenschwerpunkt nach den Ergebnissen aus den APen 1, 3 und 4. Bestandsaufnahmen aktueller wissenschaftlicher Forschungsergebnisse (AP 1) und bestehender Unterstützungsbedarfe (AP 3) liefern Hinweise auf wenig oder unzureichend beleuchtete Themen der Kriminalprävention. Eine Auswahl von Themen wird im Rahmen der Auftakt-Konferenz (AP 4) mit Experten der Länder und Kommunen im Hinblick auf ihre Relevanz für die kommunale Ebene erörtert. In einem gemeinsamen Priorisierungsprozess wird daraus ein Schwerpunktthema für die Bearbeitung in AP 7a abgestimmt.

Schließlich wird zu diesem Thema eine umfassende Recherche vorhandener Forschungsergebnisse durchgeführt, die in einer Synthese zusammengeführt und in ihrer Bedeutung für die kommunale Prävention eingeordnet werden.

Begründung:

Wenngleich die thematische Schwerpunktsetzung für diese Forschungssynthese bewusst offengelassen werden soll, zeichnen sich im Fachdiskurs bereits verschiedene Themen ab, die sich auch nach Einschätzung der in die Entscheidungsfindung einbezogenen Präventionspraktiker als besonders relevant erweisen könnten. Zu diesen Themen zählen etwa Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum, Häuser des Jugendrechts, Behörden- und Arbeitssicherheit, Schnittmengen von Quartiersmanagement und Kriminalprävention, Videoüberwachung, Clankriminalität oder die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes.

AP 7b Transferkonferenz zu einem Schwerpunktthema der Kommunalen Kriminalprävention

Zusammen mit Experten aus Wissenschaft und Praxis werden die Ergebnisse der Forschungssynthese im Rahmen einer Transferkonferenz diskutiert sowie deren praktische Verwertbarkeit



für die kommunale Prävention erörtert. Die Auswahl des Teilnehmerkreises von bis zu 20 Personen richtet sich nach der jeweiligen Themenwahl.

Begründung:

Die Konferenz ermöglicht inhaltliche Klarstellungen zum Schwerpunktthema und eine Vertiefung besonderer Aspekte, die in die folgende Publikation (AP 7c) einfließen werden. Weiterhin können Vernetzung und Austausch der Partner/-innen durch persönliche Begegnung und Gespräche intensiviert werden. Eine sich selbst tragende Kooperationsstruktur wird durch sich regelmäßig wiederholende Veranstaltungen begünstigt.

AP 7c Publikation zu einem Schwerpunktthema der Kommunalen Kriminalprävention

Wie auch im AP 5c wird unter Berücksichtigung der Impulse aus der Transferkonferenz eine Publikation in digitaler Form sowie Material für die modulare Publikation zur Kriminalprävention (AP 2) erstellt. Über bestehende Disseminationsmöglichkeiten des DFK werden die Arbeitsergebnisse und Publikationen dem Fachpublikum bekannt gemacht.



Begründung:

Für die Praxis ist eine zielgruppengerechte Aufbereitung eine wichtige Voraussetzung für Akzeptanz und Adaption der Empfehlungen und Anleitungen. Eine attraktive digitale Gestaltung hat daher einen hohen Stellenwert (vgl. AP 5c)

AP 8 Weiterentwicklung des Fortbildungsangebotes für das kommunale Präventionsmanagement und Erprobung mit einem Schwerpunktthema

Auf der Grundlage der in 2022 durchgeführten Weiterbildung wird das Format evaluiert und angepasst. Es folgt eine zweite Fortbildung mit einem ausgewählten Schwerpunktthema im Spezialteil, der Grundlagen, Methoden und Instrumente des kommunalen Präventionsmanagements



vermittelt, aber auch aktuelle thematische Schwerpunkte aufgreift. Der Lehrgang wird erprobt und konzeptionell angepasst.

Begründung:

Der zweite Praxistest/Erprobungslehrgang ist Grundlage für eine erneute gründliche Reflexion des Curriculums und ermöglicht weitere Modifizierungen/Ergänzungen. Eine Etablierung im DFK-Portfolio als auch in den Bundesländern oder bei den kommunalen Spitzenverbänden wird angestrebt.

AP 9 Konzeption und Produktion von Erklärvideos

Es werden zu verschiedenen Themen der Kommunalen Kriminalprävention Erklärvideos erstellt. Dazu wird ein Konzept, Layout und Themenkatalog erarbeitet. Die Erklärvideos richten sich an Präventionspraktiker und machen

komplexe Themen und Sachverhalte nachvollziehbarer und fördern deren Rezeption in den Zielgruppen.

Begründung:

Wie eingangs dargestellt, orientiert sich das Projekt an theoretischen Prämissen der translationalen Kriminologie, womit die Frage der Dissemination von Forschungsergebnissen in den Fokus rückt. Als ein in diesem Arbeits-



bereich innovatives Instrument sollen Erklärvideos dazu beitragen, die zum Teil abstrakten Themen leichter verständlich zu machen und deren Wahrnehmung und Rezeption in den Zielgrup-

pen zu verbessern. Erklärvideos stellen eine vergleichsweise einfach zu produzierende Möglichkeit dar, schwer greifbare und komplexe Themen visuell erleb- und nachvollziehbarer zu machen. Es handelt sich dabei um ein Instrument, vielfältigste Themen in Kürze markant aufzuarbeiten.

AP 10 Abschlusskonferenz: Resümee & Ausblick

Bereits im dritten Quartal 2024 ist eine Abschlusskonferenz geplant. Mit dem Teilnehmerkreis der Auftaktkonferenz (AP 4) soll u. a. resümiert werden, ob die für das Projekt gesetzten Ziele erreicht werden konnten. Insbesondere betrifft dies gewünschte Fortschritte in Hinblick auf das im AP 4 vereinbarte Commitment.



Begründung:

Gegenstand und Zielsetzung der Abschlusskonferenz ist es zum einen, eine Bewertung der Projektergebnisse und -fortschritte vorzunehmen. Teilnehmer der Konferenz sind Repräsentanten der Zielgruppen, weshalb sie für die Würdigung und Bewertung der Projektergebnisse eine maßgebliche Rückmeldung abgeben können. Zweitens wird mit dem Teilnehmerkreis reflektiert, wie gewonnene Erkenntnisse und Arbeitsergebnisse des Projektes verstetigt werden können. Einen wesentlichen Aspekt betrifft dabei die Frage, welchen Beitrag das Projekt zur komplementä-

ren Arbeitsteilung der Kriminalprävention auf kommunaler, regionaler und Bundesebene geleistet hat und wie diese Zusammenarbeit auf allen Ebenen zukünftig ausgebaut und verstetigt werden kann.

AP 11 Evaluation, Bilanzierung und Abschlusspublikation

Das letzte Arbeitspaket umfasst zwei Arbeitsschritte. In den Zielgruppen wird eine internetbasierte Befragung durchgeführt, um eine Bewertung des Projektes vornehmen zu können. Dabei wird ermittelt, in welchem Umfang die Zielgruppen mit den Disseminationsangeboten erreicht werden und welche Wirkungen bzw. praktische Relevanz die Ergebnisse in den Zielgruppen haben. Zweitens wird ein Abschlussbericht erstellt, indem Evaluationsergebnisse präsentiert werden und eine Bilanzierung des Projektes erfolgt. Einen wesentlichen Aspekt des Abschlussberichtes wird die Verstetigung und Fortführung der Projektergebnisse (Fortbildungs- und Konferenzformate, Erklärvideos) sowie die weitere Realisierung des getroffenen Commitments betreffen. Drittens wird der Transfer-Baukasten unter Berücksichtigung der bisherigen Ergebnisse umstrukturiert und mit neuen Funktionalitäten ausgestattet, für die neues Layout und Programmierungen notwendig sind. Schließlich werden zentrale Module in einer gedruckten Publikation mit einem modernen und dem Baukasten angepassten Design vorgelegt.



Begründung:

Zum Abschluss werden alle Ergebnisse digital und in einer zusammenfassenden gedruckten Broschüre zielgruppengerecht präsentiert. Dafür ist eine Modifizierung und Erweiterung des Transfer-Baukastens erforderlich und auch eine Druckvariante sinnvoll.

Es wird überprüft, in welcher Qualität die Zielsetzungen zur Unterstützung der kommunalen Präventionsarbeit erreicht wurden bzw. wie die Arbeitspakete im Einzelnen dazu beitragen konnten.

Marcus Kober M. A. ist Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter beim DFK

Kontakt: marcus.kober@bmi.bund.de

Literatur

Berner, F. & Groenemeyer, A. (2000): „... denn sie wissen nicht, was sie tun“: die Institutionalisierung kommunaler Kriminalprävention im Kriminalpräventiven Rat. Soziale Probleme, 11 (1/2), 83–115. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-248300> (letzter Zugriff: 16.10.2020).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) & Bundesministerium des In-

tern (BMI) (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, Berlin.

Frevel, B., Kober, M. (2012): Perspektiven kooperativer Sicherheitspolitik. In: B. Frevel (Hrsg.): Handlungsfelder lokaler Sicherheitspolitik. Netzwerke, Politikgestaltung und Perspektiven, Frankfurt a. M.

Kahl, W. & Kober, M. (2012): Impulse für das kommunale Präventionsmanagement. Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene. Ein Leitfaden für die Praxis. Bonn.

Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur (ISIM) (2017): Projektstudie zur Weiterentwick-

lung der kriminalpräventiven Räte in Rheinland-Pfalz, Mainz.

Müller, T. (2007): Anforderungen an eine optimale Unterstützung kommunaler Präventionsgremien. Eine empirische Untersuchung der Angebote des Landespräventionsrates Niedersachsen, Papenburg.

Schreiber, V. (2019): Kommunale Kriminalprävention in Deutschland – Fortschreibung einer Bestandsaufnahme 2007, Forschungsberichte des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention Nr. 1 2019, Bonn.

Wurtzbacher, J. (2008): Urbane Sicherheit und Partizipation. Stellenwert und Funktion bürgerschaftlicher Beteiligung an kommunaler Kriminalprävention, Wiesbaden.